



# CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

## Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf 2023

**Mathias Hell**

**Es gilt das gesprochene Wort !**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Kohlosser,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten beiden Jahren habe ich hier gestanden und wir alle konnten uns freuen. Wir konnten uns freuen über die positive Entwicklung des Haushaltes der Stadt und dass es uns, trotz der externen Schocks durch Corona, Hochwasser und den Ukrainekrieg, gelungen ist, die Haushaltssicherung zu verlassen.

Ehrlicherweise ist meine Freude heute getrübt. Das hat natürlich weiterhin mit den externen Herausforderungen zu tun, auf die die Stadt nur - und nur kurzfristig - reagieren kann.

Aber wir sollen heute auch einen Haushalt beschließen, der vor allem in der Finanzplanung erhebliche Unsicherheiten enthält, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch hausgemacht sind. Ich komme später darauf zurück.

### ***I. Das Umfeld unseres Haushalts***

Rheinbach ist aus finanzieller Sicht sehr glimpflich durch die Corona Pandemie gekommen. Hatten wir 2021 noch mit 15.4 Mio. € coronabedingter Mehraufwendungen und Wenigererträgen gerechnet, sind es jetzt nur noch 4,6 Mio. €, die wir – auch daran sein erinnert – ab 2026 mit jährlich rund 90.000 € erwirtschaften müssen.

Ebenso herausfordernd – wenn auch mit vergleichbaren Unsicherheiten wie 2021 die Corona Pandemie behaftet – sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine: Die Verwaltung kalkuliert hier bis 2026 mit fast 12 Mio. € Mehraufwendungen, überwiegend aufgrund der gestiegenen Energiekosten. Wenn das so kommt, müssen wir ab 2026 jährlich über 300.000 € erwirtschaften; das ist schon eine andere Größenordnung!

Weitaus schlimmer hat uns das Hochwasser 2021 getroffen. Der Wiederaufbauplan der Stadt umfasste im Frühjahr 2022 fast 40 Mio. €. Noch immer werden bisher nicht erkannte Schäden identifiziert und günstiger ist es seitdem sicher auch nicht geworden.

Dennoch können wir in der Finanzplanung diese Herausforderungen noch stemmen – und das ohne Steuererhöhungen. Andere Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis hätten gerne unsere finanzpolitischen Probleme, dort sieht es deutlich anders aus. Wir sind weniger als andere Städte von der Grundsteuer abhängig. Rheinbachs großer Trumpf ist der weit überdurchschnittliche Anteil des Gewerbesteueraufkommens. Hier ist über dreißig Jahre eine gute und vorausschauende Politik gemacht worden.

Aber genau deshalb müssen wir auch in den nächsten Jahren weiter die Gewerbeansiedlung in den Blick nehmen, um unsere Ertragslage bei weiter steigenden Aufwendungen zu erhalten und zu verbreitern. Langfristige Ertragsperspektiven müssen der Maßstab sein und bleiben.

### ***II. Führen über Ziele***

Die Haushaltsberatungen sind ja auch immer ein guten Zeitpunkt, zurück zu schauen und sich zu vergegenwärtigen, was im letzten Jahr erreicht wurde, was nicht und wo Handlungsbedarf besteht.

Sie, Herr Bürgermeister, sagen uns, dass sie über – auch haushaltspolitische – Ziele geführt werden wollen. Das funktioniert aber nicht! Dazu zwei Beispiele:

In den Haushaltsberatungen 2022 hatte der Rat mit der Begründung der fortschreitenden Digitalisierung (übrigens auch der Ratsarbeit) den Ansatz für Kopierkosten auf ca. 28.000 € gesenkt. Mit der Vorlage zum Haushalt 2023 erfahren wir auf Nachfrage, dass in 2022 ca. 43.000 € ausgegeben wurden. Der Rat oder der Hauptausschuss wurden bis dahin nicht über die mehr als 50%ige Überschreitung informiert. Formal ist das durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Konten ganz sicher richtig, es entspricht aber nicht der Intention des Rates.

Weiteres Beispiel: Die Idee eines aktiven Baulandmanagements wurde durch den Rat beschlossen, Mittel wurden bereitgestellt und eine zusätzliche Stelle ab 1.10.2022 geschaffen. Außerdem wurde zum 30.06.2022 ein Sachstandsbericht beauftragt. Fortschritt? Sehen wir im Moment nicht!

Nun ist es natürlich nicht leicht, Bauland in Rheinbach zu erwerben. Das weiß jeder von uns.

Aber seit über einem Jahr überlegen Bürgermeister und Verwaltung, ob das Baulandmanagement in der Verwaltung oder in der WFEG angesiedelt werden soll. Die drängenden Themen hohe Miet- und Baulandpreise werden hier stiefmütterlich behandelt. Und ohne eine umsetzbare Gesamtidee bleiben alle vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen Stückwerk.

Wenn der Rat Änderungen zum Haushaltsentwurf beschließt, tut er das eben nicht, um ausschließlich Kompensationsmöglichkeiten aufzuzeigen oder einen zusätzlichen pro-forma Posten in den Haushalt zu integrieren. Diese Anträge sind schon Ausdruck unserer Zielvorstellungen und Schwerpunktsetzungen gegenüber der Verwaltung!

Wie wollen Sie, Herr Bürgermeister, zukünftig die Umsetzung von in die Zukunft gerichteten Ratsbeschlüssen oder ganz einfachen politischen Vorgaben sicherstellen? Ich glaube, darüber müssen wir sehr bald sehr intensiv reden!

### **III. Rheinbach hat ein Planungs- und Ausgabenproblem**

Eigentlich sind wir in einer sehr guten Position: die Gewerbesteuererinnahmen sind stabil, sogar steigend. Wir brauchen uns absehbar keine Sorgen über ein eventuelles Abrutschen in die Haushaltssicherung zu machen.

Aber eines ist auch klar: Rheinbach hat ein Planungs- und Ausgabenproblem!

Im Zuge der Haushaltsberatungen haben wir innerhalb von acht Wochen eine Nachberatungsliste im Umfang von rund 15 Mio. € bekommen – Nachmeldungen und Korrekturen zu bereits eingeplanten Positionen. Ja, natürlich sind nicht alle diese Ausgaben haushaltswirksam. Zu einem großen Teil werden sie erstattet; manche Teilbeträge werden auch einfach nur um ein Jahr geschoben.

Trotzdem: Alle diese Investitionen müssen umgesetzt werden.

Das erleichtert uns nicht die Priorisierung oder das Setzen von Zielen! Denn: sind diese Positionen so wichtig, dass sie unbedingt in die Nachberatungsliste aufgenommen werden mussten? Oder sind sie doch so unwichtig, weil sie in der ursprünglichen Aufstellung des Haushaltsentwurfs nicht berücksichtigt wurden? Oder spielen hier externe, durch die Verwaltung nicht beherrschbare Faktoren eine Rolle? Vermutlich alles drei!

Unser Problem aber ist: Wir bekommen die vorgesehenen Investitionen nicht realisiert. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen und zur Ehrenrettung der Verwaltung sei darauf hingewiesen, dass 40 Mio. € im Wiederaufbauplan Hochwasser eben kein Pappenstiel sind. Das Geld soll sorgfältig geplant und wirtschaftlich ausgegeben werden. Und gleichzeitig ist die Geduld von uns allen begrenzt, denn der Wiederaufbau einer Schule soll eben möglichst nicht 10 Jahre dauern. Deshalb muss unsere Verwaltung hier besser und schneller werden.

Der schiere Umfang der Investitionen macht uns allen Sorgen! Was wir hier heute beschließen, können wir so nicht umsetzen.

Wir haben es versucht, aber kurzfristig ist eine sachgerechte und realistische Priorisierung auf Basis der vorliegenden Informationen nicht lösbar.

Darum bin ich sehr froh, dass im HFA alle Fraktionen und die Verwaltung gemeinsam der Idee zugestimmt haben, noch in diesem Quartal beginnend die Investitionen unter die Lupe zu nehmen, zu priorisieren und Entscheidungen über den Zeitpunkt der Realisierung zu treffen. Das wird für alle ein schmerzlicher Prozess. Aber wir können ihn nur gemeinsam bewältigen.

Dass dabei etwas herauskommen kann, sehen wir an dem zukunftsorientierten Radwegenetz und da insbesondere bei der Anbindung der Ortschaften. Hier sind wir alle gemeinsam auf einem guten Weg!

Und ich hoffe, dass das auch für die Investitionen so bleibt, wenn irgendwann die schmerzlichen Entscheidungen getroffen werden müssen.

#### **IV. Sonstige Aufwendungen**

Aber es sind nicht nur die Investitionen, die uns Sorgen bereiten: Der Haushalt, den wir heute beschließen, enthält erhebliche hausgemachte Unsicherheiten. In der Nachberatungsliste sind beispielsweise Container als Interimslösung für den Schulbetrieb bis zum Wiederaufbau vorgesehen. Die damit unzweifelhaft verbundenen Betriebskosten konnten noch nicht ermittelt werden und werden uns in der Finanzplanung zusätzlich belasten.

Und augenscheinlich fehlen in der Verwaltung auch zentrale Vorgaben für querschnittliche Kosten. Für das Jahr 2023 bezahlen wir ausweislich des Haushaltsentwurfs für den Bezug von Strom mindestens 70 Cent pro Kilowattstunde. Das ist schon verdammt teuer und es sollte gelingen, für 2024 einen wirtschaftlicheren Vertrag abzuschließen. Auch das ist eine klare Erwartungshaltung unsererseits an die Verwaltung. Das hat ein Fachbereich auch so gesehen und kalkuliert für 2024ff mit sinkenden Stromkosten. Ein anderer Fachbereich tut das nicht und kalkuliert sogar mit steigenden Kosten.

Das darf doch nicht sein, auch wenn es im Ergebnis der Planung durch die Möglichkeit der Isolierung keine Auswirkungen hat. Für solche querschnittlichen Kosten erwarten wir für die Zukunft klare und verbindliche Vorgaben von Ihnen, Herr Bürgermeister!

#### **V. Anträge zum Haushalt**

Einige wenige Änderungsanträge für den Haushaltsentwurf haben wir auch in diesem Jahr gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Sie sollen Schwerpunkte unserer Politik für dieses Jahr dokumentieren und insofern erwarten wir auch die Umsetzung bzw. Berücksichtigung im laufenden Haushalt!

#### **VI. Fazit und Ausblick**

Die CDU Fraktion stimmt dem Haushalt 2023 und der Finanzplanung bis 2026 mit einigen Änderungen heute zu.

Guten Gewissens tun wir das aber nur wegen der im HFA gefundenen Vereinbarung, endlich gemeinsam das größte haushaltspolitische Problem Rheinbachs anzugehen. Wie gesagt, es wird schmerzlich, aber gemeinsam haben wir die Chance, den gordischen Knoten vielleicht bis Ende des Jahres zu durchschlagen.

Die Gewerbeentwicklung in Rheinbach müssen wir weiter stützen. Dazu gehört auch, bei der Vermarktung unserer wertvollen Gewerbeflächen das zukünftige Gewerbesteueraufkommen im Blick zu behalten. Nur so können wir die Gewerbesteuer als Grundlage unseres Haushalts erhalten und die Basis vielleicht sogar noch ausbauen.

Vorsicht, Ausgabendisziplin und die Zukunftsfähigkeit Rheinbachs bleiben der Maßstab, an dem die CDU Rheinbach ihre Entscheidungen auch in den nächsten Jahren messen wird!